

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36. 30. Jahrg.

7. Septbr. 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amé Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizeile oder deren Raum 30 Flg., bei Wiederholungen Rabatt Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Flg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: »Dies Kind, kein Engel ist so rein...« Rundschau. Die Krankenkassen sind zur unbeschränkten Gewährung von Zahnfüllungen verpflichtet. Großhandelspreise seit zwanzig Jahren in deutschen Städten. — **Allgemeines:** Wertvolle Gegenstände. Schein oder Wirklichkeit. Ortsberichte: Karlsruhe. — Kassenbericht über das I. Quartal 1917.

„Dies Kind, kein Engel ist so rein...“

Das »Deutsche Steindruckgewerbe« schlägt noch einmal in einem längeren Artikel für den Arbeitsnachweis des Schutzverbandes die Reklame trommel. Dabei erfahren wir, daß der Arbeitsnachweis die ihm gestellte Aufgabe nur teilweise erfüllen konnte. Er tut allerdings so, als läge der Grund nur in der zur Zeit anormalen Lage des Arbeitsmarktes. Das dürfte wohl nur zum Teil zutreffen. Sonst würden sich nicht massenhaft die Unternehmer an den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis wenden, wenn sie nicht überzeugt wären, daß er eher in der Lage ist die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Darum nehmen wir wohl mit Recht an, daß der lange Klageruf in der Hauptsache die Bestimmung hat, die eigenen Mitglieder auf die schon halb vergessene Gründung aufmerksam zu machen. Wir würden kaum davon Notiz nehmen, wenn nicht in der letzten Zeit fast sämtliche Unternehmerzeitungen in auffälliger Geschäftigkeit die Wichtigkeit der Arbeitgeber Arbeitsnachweise zu beweisen suchten. Die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« bringt Nummer für Nummer lange Artikel gegen die öffentlichen Nachweise. Sie fürchten wohl nicht mit Unrecht, daß vielleicht doch noch eine Regelung des Arbeitsnachweises auf gesetzlicher Grundlage für die Übergangswirtschaft durchgeführt werden könnte. Dem Entgegenzuwirken ist einzig und allein der Zweck der geräuschvollen Treiberei.

Verschiedene Unternehmerzeitungen bemühen sich jetzt krampfhaft um den Nachweis, daß für die Zeit nach dem Kriege ein Abbau der jetzigen hohen Arbeiterlöhne unbedingt notwendig sei, wenn die Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wolle. Auch die »Berliner Börsen-Zeitung« unterstützt kräftig diesen Gedanken. Das Zusammenfallen der Erörterung über diese beiden schwersten Unternehmernsorgen ist auffällig. Es wird verständlich, wenn wir den Arbeitgeber nachweis als Kampfmittel der Unternehmer betrachten. Wir müssen dabei jetzt auf einen Vortrag zurückkommen, den der Geschäftsführer des Arbeitgeber nachweises in Stettin, Dr. Flechtner jüngst gehalten und die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« veröffentlicht hat. Auch das Steindruckgewerbe druckt kleine Auszüge aus diesem Vortrag ab. Leider hört sie mit dieser interessanten Beschäftigung gerade da auf, wo es am schönsten kommt. Wir wollen ein wenig von dem Versäumten nachzuholen versuchen, weil es geeignet ist, auch auf den Charakter des neugegründeten Schutzverbands nachweises einiges Licht zu werfen.

Dr. Flechtner sagte dort unter anderem: »Die Beamten der Arbeitgeber nachweise sind Beamten der Industrie und fühlen sich als solche. Sie haben das Interesse der Arbeitgeber zu vertreten und sonst keine Rücksicht zu nehmen...« — »Dann kommt das Verhalten der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen. Der Arbeitgeber Arbeitsnachweis soll bei Streiks und Aussperrungen eine Kontrolle durchführen und neue Arbeitskräfte heranzuschaffen suchen. Beide Aufgaben kann der öffentliche Arbeitsnachweis für die Industrie nicht erfüllen. Früher haben die öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen die Vermittlung für den bestreikten Betrieb eingestellt oder aber sie teilten den Arbeitssuchenden mit, daß die Firma bestreikt ist. Der Firma aber ging keine Nachricht zu, ob ein Arbeiter ein Streikender oder ein Ausgesperrter war. Daß dadurch große Schädigungen für die Industrie herbeigeführt werden, ist wohl einleuchtend.« —

Man wird uns zugeben, daß diese Sätze für den Charakter eines reinen Arbeitgeber Arbeitsnachweises sehr wichtig sind. Der Verfasser des Schutzverbandsartikels übergeht sie wohlweislich. Da er aber den Vortrag an sich durchaus anerkennend behandelt und nirgends erkennen läßt, daß er mit irgend einem Teile desselben nicht einverstanden sei, dürfen wir mit Recht annehmen, daß sie ihm nur peinlich sind. Zwar kommt in dem Vortrag dicht hinterher ein Satz, der im direkten Widerspruch zu dem vorhergehenden steht: »Ich halte es aber für tatsächlich mit der Natur der öffentlichen Arbeitsnachweise für unvereinbar, daß dieses Verfahren auf die Dauer durchgeführt werden wird.« Ehe wir noch dafür eine Erklärung zu geben versuchen, möchten wir noch kurz das folgende aus dem Vortrag wiedergeben:

»Ferner befürchtet man auf seiten der Industrie, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise einen immer stärkeren Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben versuchen werden, und daß sie das in einem um so weiteren Umfange tun werden, wenn ihnen ein Zwangscharakter gegeben würde. Daß die Sorge vor dieser Gefahr bei der Industrie mit Recht besteht, beweist wohl am besten die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Während anfänglich die Gewerkschaften die öffentlichen Arbeitsnachweise auf das schärfste bekämpft haben, haben sie sich später, als die Arbeitgeber Arbeitsnachweise sich immer mehr entwickelten und ihre eigenen Nachweise immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herabsanken, mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen ausgesöhnt und sich dafür erklärt, weil sie die öffentlichen Arbeitsnachweise als das kleinere Übel erkannten. Auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1899 wurde erklärt, daß paritätische Arbeitsnachweise nicht zu verwerfen seien, wenn es dadurch den Arbeitern gelänge, ihren Lohn und ihre Arbeitsverhältnisse zugleich günstiger und stabiler zu gestalten.« —

Wir haben in dem Artikel: »Um den Arbeitsnachweis«, in der Nr. 36 der »Graphischen Presse« vom 1. September 1916, eingehend dargestellt, wie die Gewerkschaften allmählich ihre Haltung zum Arbeitsnachweis geändert haben. Niemals haben wir bestritten, daß der Gewerkschafts-Arbeitsnachweis ein Kampfmittel für uns gewesen ist. Aber wir verzichteten im Interesse einer geregelten Arbeitsvermittlung gern auf dieses Mittel. Darum treten wir für den von beiden Parteien gemeinsam geleiteten, paritätischen Arbeitsnachweis ein. Nicht weil er an sich das Mittel ist, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten, sondern weil er die Unternehmer hinderlich, mit ihrem Arbeitsnachweis gegen die Verbesserung dieser Arbeitsverhältnisse zu wirken. Die Arbeitsvermittlung wird dadurch neutraler Boden, beide Teile verzichten damit auf ein bisheriges Kampfmittel.

Der Arbeitsnachweis soll, wenn es nach den Wünschen der Scharfmacher geht, beim Abbau der Löhne nach dem Kriege helfen. Das heißt, so etwas wünscht und macht man, aber das sagt man nicht. Dr. Flechtner hat sich in seinem Vortrage unserem Steindruckgewerbe zuviel gesagt; darum unterschlägt es die ihm taktisch unklug erscheinenden Stellen; und zwar nicht etwa aus Furcht vor den Gehilfen, nein, aus Furcht vor den Mitgliedern der eigenen Verbände, die durchaus nicht alle mit der Taktik der Schutzverbandsleitung einverstanden sind. Daher darf auch der Schreiber des Artikels nur immer von den edlen Aufgaben des Arbeitsnachweises reden und nicht sagen, daß hinter diesem Nachweis der Schutzverband mit seiner Lohnkataster-Einrichtung und mit dem von seinem Arbeitsnachweis bestimmungsgemäß geforderten »Entlassungsschein« steht, für dessen Bedeutung uns das Steindruckgewerbe bis heute noch keine Aufklärung gegeben hat.

Rundschau.

Die Hoffnungen des Unternehmertums. In den vernünftigen Kreisen der Arbeiterschaft ist man sich längst darüber klar, daß der Zersetzungsprozeß in der Arbeiterbewegung Wasser auf die Mühlen der Unternehmer leitet und daß man in dem scharfmacherischen Teile der Kapitalisten sich daraufhin großen Hoffnungen für die Zukunft hingibt. In der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« kann man von Nummer zu Nummer beobachten, wie sich in den Köpfen der Arbeitgeber die Zeit nach dem Kriege ausmalte. Die Zerspaltung der Sozialdemokratie ist für die »D. A.-Z.« gleichbedeutend mit einer Zermürbung auch unserer Gewerkschaften. Sie schreibt hierüber: »Wenn wir die heute umherflatternden sozialdemokratischen Geisterparteienden beobachten, so sehen wir, daß sie alle wie hungrige Geier um ein gefallenes Tier, um den mitgliederleeren Körper der Gewerkschaften herumkreisen. Hier wollen sie sich alle niederlassen.« So ganz sicher fühlen sich die Schreiber der »D. A.-Z.« nun aber doch nicht. Man glaubt aus der Gegenwart zu erkennen, daß unsere Gewerkschaften wieder starken Zufluß aus den Reihen der heimkehrenden Krieger haben werden und man fordert deshalb das Arbeitgeberum auf, den allumfassenden Arbeitnehmerorganisationen, die jetzt auch die Angestelltenverbände miteinschließen, eine gleichartige große Arbeitgeberorganisation gegenüberzustellen. Dieser soll es

dann vorbehalten bleiben, Hand in Hand mit den »Geisterpartei«n, die organisierten Arbeiter, in Schach zu halten. Diese Gedankenreihen der Wortführer des Unternehmertums zeigen wieder einmal recht deutlich, wie sehr die Zersplitterung der Arbeiterbewegung das Proletariat schädigt. ik.

Abbau der Löhne nach dem Kriege. In der letzten Nr. der »Arbeitgeber-Zeitung« beschäftigt sich Wilhelm von Brieland mit dem Taylorssystem und glaubt, daß dieses sehr geeignet sei, den Schwierigkeiten, die sich im gewerblichen Leben nach dem Kriege ergeben werden, abzuwehren. Über diese »Wissenschaftliche Betriebsführung« ist schon in Friedenszeiten in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen viel gesprochen worden. Bei der Arbeiterschaft fand sich nirgends Gegenliebe, und selbst die Stimmen aus dem Arbeitgeberlager waren ziemlich häufig, welche sich für diese Arbeitsmethode nicht entschießen konnten. Dieses System, nach dem Erfinder Taylor benannt, soll nach der »Arbeitgeber-Zeitung« den Mangel an Facharbeitern ausgleichen. Ferner soll es dazu dienen, in erster Linie die gelernten Facharbeiter, soweit sie kriegsbeschädigt sind, in der Industrie leichter unterzubringen. Dann sollen mit Hilfe dieses Universalmittels die hohen Löhne abgebaut werden. Hierüber schreibt die »Arbeitgeber-Zeitung«: Dieses System der »wissenschaftlichen Betriebsführung« ist aber ferner geeignet, noch eine dritte Wirkung von weittragender Bedeutung auszulösen: die infolge der Kriegswirtschaft ins Ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne allmählich wieder in ein richtiges Verhältnis zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu bringen. Es folgt nun eine längere Darlegung über den hohen Stand der Löhne, und dabei kommt Herr von Brieland zu dem unglücklichen Schluß, daß jede Erhöhung über 30 Proz. der Friedenslöhne ungerichtet sei, weil die Privatangestellten, die Gemeinde- und Staatsbeamten in den seltensten Fällen mehr erhalten und auch auskommen. Der Verfasser versucht den Nachweis zu erbringen, daß das Taylor-System die Möglichkeit schaffe, den einzelnen Arbeiter höher zu entlohnen, sogar durch die ungeheure Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bessere Verdienstmöglichkeiten erschließe, allerdings, was Brieland verschweigt, auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters. Die Tatsache an sich, daß die »Arbeitgeberzeitung« diesem System das Wort redet, genügt, um die organisierten Arbeiter, aber auch nicht weniger die kriegsbeschädigten zu mahnen, die Augen offen zu halten, um bei Zeiten Front gegen solche Bestrebungen zu machen.

Arbeiterlöhne und Kriegskosten. Ebenso wie die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« propagiert jetzt auch die »Berliner Börsen-Zeitung« die Notwendigkeit »des Abbaus der jetzigen normalen Arbeiterlöhne«. Auf gut Glück wird in einem längeren Artikel behauptet, daß »die jetzige jedenfalls ungesunde und unzweckmäßige Preisbildung in der Hauptsache auf die maßlos erhöhten Arbeiterlöhne zurückgeführt werden muß«. Als ob die ersten Lohnsteigerungen nicht erst eingesetzt hätten, als die Preissteigerung und der Preiswucher schon die größten Orgien gefeiert hatten. Die »Berliner Börsen-Zeitung« spricht den Wunsch aus, daß nach Friedensschluß dem Streben nach höheren Löhnen »mit Nachdruck und nötigenfalls unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen« entgegengetreten werde. Die Friedenswirtschaft könne nur gedeihen, wenn die Lohnhöhe wieder herabsinke. — Über diese Forderung läßt sich reden, wenn zunächst einmal die Lebensmittel und Warenpreise kräftig herabgesetzt sind. Bei den Arbeitern die Schuld an der Entwertung des Goldes zu suchen, ist wirklich ganz falsch angewandter Kraftaufwand. Die »Berliner Börsen-Zeitung« sollte ihre überschüssige Energie viel lieber auf die Lebensmittelverteurer und Kriegslieferanten verwenden!

Die Not der Kriegsgewinner. Die Kriegsgewinner haben ihre liebe Not, ihre Riesenerüberschüsse unterzubringen. So entnehmen wir z. B. dem Geschäftsbericht des Stahlwerks Richard Lindenberg, A.-G., Remscheid, das naturharten Stahl herstellt, daß es im letzten Geschäftsjahr Überschüsse hatte, die noch weit über die hohen Durchschnittsgewinne der ersten hinaus gingen. Man verteilte 25 Proz. Dividende. Aber der Gewinntopf war noch lange nicht leer. Man zahlte 100 Mk. Sonderversüßung auf jede Aktie! Aber noch immer war kein Boden im Gewinntopf zu sehen. Nun wurde gezählt. Und siehe, es befanden sich noch eine Million und zweihunderttausend Mk. in dem Topf. Aus dieser Summe wurde nun ein Fond gebildet, »aus dem die Einzahlung auf künftig auszubehende neue Aktien und deren Kosten« bestritten werden soll. — Wie man sieht, ist es nicht so leicht, mit den Kriegsgewinnen fertig zu werden.

Geschäftsberichte: Aus dem Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft für Kunstdruck in Niedersiedlitz-Dresden für das 21. Geschäftsjahr 1916/17 entnehmen wir: Die Beschäftigung unseres Unternehmens in Reklamedruckarbeiten war zwar auch im abgelaufenen Geschäftsjahre nur gering, dagegen hat die in unserem vorjährigen Geschäftsbericht erwähnte Ausdehnung unserer Erzeugung auf Kartonnagenartikel die erhoffte Besserung gebracht. Wir waren in diesen Waren im vergangenen Geschäftsjahre flott und lohnend beschäftigt. Der Rohgewinn einschließlich des Vortrages von 1082 Mk. beläuft sich auf 14748 Mk., die gegenüber dem

Vorjahre wesentlich erhöhten Abschreibungen belaufen sich auf 58671 Mk., so daß ein Reingewinn von 88807 Mk. bleibt. Die Verteilung dieses Gewinnes schlagen wir wie folgt vor: 4 v. H. Dividende 26400 Mk., Tantieme an den Aufsichtsrat 6132 Mk., Tantieme und Gratifikationen an Vorstand und Angestellte 15925 Mk., 3 v. H. Superdividende 19800 Mk., Zuweisung an einen zu bildenden Arbeiter- und Angestellten-Unterstützungsfonds 10000 Mk., Zuwendungen an den Heimdank 1000 Mk., Zuwendungen an das Rote Kreuz 1000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 8550 Mk. Die Generalversammlung soll auch über den Erwerb der Kartonnagenfabrik Rudolf Fischer in Dresden beschließen.

Kriegsamt und Tarifverträge. Durch die »Presse« ging jüngst die Nachricht, daß das Kriegsamt sich gegen Tarifverträge und Mindestlöhne ausgesprochen hätte. In dieser Allgemeinheit kann das unmöglich richtig sein, denn die neueste Nummer der »Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsamts« enthält unter dem Titelkopf »Tarifverträge« die folgende Verfügung des Kriegsamts vom 1. August 1917: »Angesichts des starken Einflusses, den der Kriegeinsatz und Arbeitsverhältnisse auf die Kriegsmaterial-Erzeugung haben, hat sich das Kriegsamt (AZS) des Kriegsamt (Kriegs-Ersatz- und Arbeits-Departement) in letzter Zeit wiederholt, meist mit Erfolg bemüht, das Zustandekommen langfristiger Tarifverträge oder sonstiger Lohnabmachungen dadurch zu fördern, daß es die unparteiische Leitung entsprechender Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen unter Hinzuziehung der in Betracht kommenden militärischen Beschaffungsstellen übernahm. U. a. ist am 18. Juni der Tarifvertrag für die Geschoßkornmacher Deutschlands zustande gekommen, wodurch wieder einer weit verzweigten Industrie und den in ihr beschäftigten rund 30000 gewerblichen und Heimarbeitern eine Grundlage für weitere erfolgreiche Arbeit gegeben worden ist.

Die Gelben in Sachsen gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Auf einer Tagung in Schwarzenberg hat der sächsisch-thüringische Verband der Wirtschaftsfriedlichen sich gegen die Politik des Reichstages gewandt, der den berechtigten Wünschen der Arbeiterorganisationen nach Gleichstellung Rechnung tragen will, und auch gegen die Regierung den Vorwurf erhob, daß sie die Sozialdemokratie bevorzuge. Und so unglücklich es klingt, die Gelben forderten tatsächlich die aufrechterhaltung des § 153 der Gewerbeordnung, widrigenfalls sie die Verantwortung dafür ablehnen müßten, wenn es wieder zu scharfen Kämpfen zwischen Streikenden und Arbeitenden, d. h. Gelben, käme. Wirklich schöne Aussichten!

Die Krankenkassen sind zur unbeschränkten Gewährung von Zahnfüllungen verpflichtet.

Zu den Streitfragen auf dem Gebiete der Krankenversicherung gehörte seither, ob die Krankenkassen gesetzlich gezwungen sind, Zahnplomben zu gewähren. Viele Krankenkassen lehnten bisher solche Leistungen entweder überhaupt ab oder sie machten ihre Bewilligung von recht harten Voraussetzungen abhängig, wie z. B. mindestens sechsmalige Mitgliedschaft, Zuschüsse durch den Versicherten usw. Jetzt hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß die Zahnfäule (Caries) eine Krankheit im Sinne des § 182 der Reichsversicherungsordnung ist, die ärztliche Behandlung erfordert. Kann der Zahn durch Anbringen einer Zahnfüllung für längere Zeit erhalten werden, so haben die Krankenkassen diese Art der ärztlichen Behandlung zu gewähren und dürfen sich nicht darauf beschränken, die billigeren Kosten des Zahnziehens zu übernehmen. In den Amtlichen Nachrichten dieser höchsten Spruchbehörde in der Arbeiterversicherung 1917, S. 461, ist zur Begründung des Urteils angeführt, daß das Kaiserliche Gesundheitsamt gutachtlich gehört worden sei. Schon die Entkalkung und Auflösung der harten Zahngewebe sei eine bereits vorhandene Krankheit, die ärztliche Behandlung erforderlich mache, auch wenn noch keine Schmerzen bestehen. Der Verlust jedes Zahnes hat Änderungen in der Zahnstellung zur Folge, welche die Zerkleinerung der Nahrung beeinträchtigen. Das unvollständige Zerkleinern der Speisen beeinflusst die Verdauung ungünstig und führt zu Magen- und Darmstörungen. Als Folgeerscheinung können Unterernährung und Blutarmut eintreten. Hohle Zähne leisten auch der Ansiedlung und Wucherung von Krankheitskeimen besonderen Vorschub. Die einzige Voraussetzung von der eine Krankenkasse die Bezahlung einer Zahnfüllung abhängig machen kann, ist die, daß der Zahn noch längere Zeit erhalten werden kann. Ob das im Einzelfall zutrifft, kann von den Gutachten eines Arztes oder Zahnarztes abhängig gemacht werden. Wenn die Kassen hierdurch schon Mehrausgaben haben, so entstehen andererseits ein großer Gewinn durch die Verhütung vieler Krankheiten. I. K.

Großhandelspreise seit zwanzig Jahren in deutschen Städten.

Das Kaiserl. Statistische Amt hat die Zusammenstellungen von Großhandelspreisen wichtiger Waren,

dieses auf Grund der monatlichen Feststellungen der Handelskörperschaften seit dem Jahre 1897 veröffentlicht, um ein Jahr weiter geführt, so weit das unter den gegenwärtigen anormalen Zuständen möglich war. Für eine ganze Reihe von Waren konnten keine oder doch nur so unvollständige Angaben ermittelt werden, daß sie zur Berechnung nicht ausreichten. Für eine Reihe anderer Waren ist die Preisbewegung durch Höchstpreise geregelt. Wir haben diese mit in die Zusammenstellung aufgenommen, während das statistische Amt dies nicht getan hatte. Es kosteten demnach in Mark.

Waren	1897	1915	1916
Roggenmehl, Berlin	1 dz. 17,4		33,1
Weizenmehl, Lübeck	„ „ 24,5	41,7	29,8
Butter, München I	„ „ 198,8	349,0	361,8
Rindvieh, Schlachtg. Berlin	„ „ 113,1	220,6	
Hammel, „	„ „ 104,8	263,8	
Heringe, Stettin I.	„ „ 31,6	77,0	110,2
Kaffe, Mannheim	„ „ 144,3	247,8	
Tee, Königsberg	„ „ 300,0	513,0	
Pfeffer, Bremen	1 kg. 62,2	174,7	1706,7
Hopfen, Nürnberg	1 dz. 101,3	123,8	131,3
Kartoffeln, Berlin	„ „ 43,3	97,6	111,4
Giesserei-Eisen, Breslau	„ „ 61,7	87,3	106,3
Rohtabak, Bremen	„ „ 70,4	205,7	
Hasenfelle, Leipzig	„ „ 190,0	302,0	550,0
Wolle, Berlin	„ „ 220,6	640,0	
Baumwollgarn, Crefeld	„ „ 383,0	1002,0	2541,0
Rohseide, Crefeld	1 kg. 40,4	85,7	94,4

Seit 1897 hat eine nicht unerhebliche Verteuerung eingesetzt. Die Waren weisen, wie ja nicht anders zu erwarten, außerordentlich starke Preissteigerungen — bis zu 2300 Proz. — auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diejenigen Artikel, die am meisten im Preise gestiegen sind, garnicht mehr auf dem offenen Markte erscheinen. Mit Ausnahme weniger allerdings sehr wichtiger Waren hat auch von 1915 bis 1916 eine sprunghafte Erhöhung der Preise stattgefunden. G. D.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Wertvolle Geständnisse.

Bei einer Untersuchung darüber, was der Krieg seiner Industrie gebracht habe, plaudert ein Ziegeleibesitzer recht interessante Offenheiten aus. So sagt er, wie wir der Fabrikarbeiterzeitung, »Der Proletarier« entnehmen: »Ausländer zu billigen Löhnen wurden herangezogen, um einigermaßen die Produktionskosten zu drücken«. — Bisher haben für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter alle möglichen anderen, fadenscheinigen Gründe herhalten müssen. Wir werden dieses ehrliche Bekenntnis nicht vergessen. Wichtiger für den Augenblick erscheint uns die nachstehende Auslassung desselben Verfassers:

»Ich werde die Äußerung eines Ziegeleibesitzers nicht vergessen, dessen Fabrik in einem Industriebezirk liegt und dem die Löhne seiner Arbeiter durch eine sozialdemokratische Gewerkschaft auf die Höhe anderer Industrien geschaubt wurden. Er meinte: »Wenn das Mittel nicht zu gemein wäre und man der Sozialdemokratie nicht zu viel Macht in die Hände spielte, wäre ich versucht, hinzugehen und ihnen zu sagen, sie sollten in der ganzen Ziegelindustrie mal r e vidieren und die Löhne gleichmäßig in die Höhe schrauben.«

Da hat man sich lange Zeit die erdenklichste Mühe gegeben, der Arbeiterschaft zu beweisen, daß ihre Beiträge für die Gewerkschaften weggeordnetes Geld seien und was dergleichen schöne Behauptungen mehr waren. Man sieht, so ein Unternehmer muß erst einmal in richtige Wut geraten, wenn er die Wahrheit sagen soll. Wir haben ja erst kürzlich an einem Unternehmer in Rostock dasselbe Schauspiel erlebt, als er in einer Klagesache vor dem Schlichtungsausschuß um Erteilung des Abkehrschines für einen Schlosser seines Betriebes, die vorgeschlagene Erhöhung des Stundenlohnes für denselben mit der Begründung ablehnte: »Das ist gar kein Vergleich, meine Herren. Die Maurer sind organisiert, und haben dadurch ihre Tarife mit den Löhnen, unsere Schlosser sind nicht organisiert und können darum auch solche Löhne nicht haben! Auf einen Einspruch des Vorsitzenden fügte er noch bekräftigend hinzu: »jawohl, wären die Maurer nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht.«

Wir zweifeln nicht daran, daß im Grunde seines Herzens jeder Unternehmer von dieser Wirklichkeit der Gewerkschaft überzeugt ist. Längst ist diese Erkenntnis Allgemeingut Aller geworden, bis auf wenige bedauernswerte Ausnahmen. Was uns fehlt, ist, daß ebenso allgemein unsere Gehilfen die Tatsache ihrer Erkenntnis folgen lassen möchten. Wir haben wohl durch unsere jahrzehntelange intensive Aufklärungsarbeit die geistige Beeinflussung vollziehen können, aber leider hat die Beeinflussung des Charakters der Arbeiter nicht im Entferntesten damit Schritt gehalten. Wäre mit der Mitgliedschaft in dem Berufsverband, mit der Bezahlung der Beiträge, die Pflicht der Mitglieder erfüllt, ganz sicher unsere Kollegen wären restlos in ihrer Berufsgesamtheit. Da aber der Verband kein allmächtig...

Gott ist, sondern nur mit Hilfe seiner Mitglieder was ausrichten kann, ja — da kommen dann die Bedenken. Es ist der Wille, ihre gewonnene Erkenntnis in die Tat umzusetzen, der vielen unserer Kollegen noch fehlt. Verleugnet im allgemeinen der Unternehmer seine Einsicht von der Notwendigkeit der Gewerkschaften aus Eigennutz, so der nichtorganisierte Gehilfe aus Furcht, für seine Anschauung auch eintreten zu müssen.

Schein oder Wirklichkeit.

Zum eisernen Bestand aller auf demokratischer Grundlage errichteten Vereinigungen gehören die Klagen über das eigentümliche Verhältnis zwischen Führern und Mitgliedern. Und besonders den Gewerkschaften ist Weisheit und Text dieser Auslassungen nicht fremd. Würden doch nach jeder unangenehm verlaufenen Lohnbewegung, nach fast jedem Tarifabschluß, ja selbst nach Generalversammlungen Stimmen laut, die einen Gegensatz zwischen Führern und Geführten zum Ausdruck bringen wollten. Völlends gar die Kriegszeit mit ihren erbitternden Rückwirkungen auf die Arbeiterschaft, hat das alte Thema wieder zu Ehren gebracht. Diese Begleiterscheinung des Krieges muß ernst genommen werden, wenn sich die Arbeiterschaft vor späteren unliebsamen Überraschungen sichern will. Die Versammlungen und die Presse der Gewerkschaften geben heute nur ein höchst unvollständiges Bild von dem Denken und Trachten der Mitglieder. Die Masse verhält sich schweigsam. Schweigsam gegen die Härten des Krieges, zurückhaltend in der Beurteilung öffentlicher Dinge. Ein kleiner Teil der Arbeiterschaft hat wohl die alte Energie und Spannkraft wiedergefunden. Auf die Mehrzahl jedoch wirkt der heutige Zustand entmutigend und lähmend. In dieser Verfassung ist der große Haufe immer bereit, für die eigene Mangelhaftigkeit das Verhalten der Führer verantwortlich zu machen. Man beachte nur überall, wo Arbeiter zusammen kommen, die knappen, in grimmig-wegwerfendem Tone gehaltenen Bemerkungen, die jedes Gespräch über öffentliche Zustände kennzeichnen, und man wird sich kaum mit dem Gedanken befreunden können, daß diese Denkart eine vorübergehende Erscheinung sei. Es will mir im Gegenteil scheinen, als ob sich bereits eine tiefgehende Wandlung der Arbeiterhirne vollzogen hat. Die Masse wird allmählich gewahr, daß sie in ein fast unüberwindliches Abhängigkeitsverhältnis zu den Führern geraten ist. Die Führer erscheinen ihr nicht mehr als ihre Beauftragten, sondern als außerhalb ihres Einflusses Handelnde. Nicht die Stimmung und das Wollen der Masse wird durch die Führer in arbeitende Energie umgeformt, sondern die Massenkraft hat sich dem regulierenden Führerwillen gemäß zu betätigen. Oder kürzer gesagt: Die Arbeit der Masse bewegt sich in den Grenzen des von den Führern Erreichten. Daß bei diesem Verhältnis die vorhandene Kraft bei Weitem ungenutzt bleibt, dämmert zusehends auch dem einfachsten Kopfe. Enttäuschungen, zweifelhafte und im besten Falle geringfügige Erfolge kennzeichnen deshalb jedes Vorwärtstreben. Die Ursachen des so unangenehm langsamem Fortschritts sind selbstverständlich damit nur zum Teil angedeutet. Starke wirtschaftliche Hindernisse, sowie Gleichgültigkeit und Unzuverlässigkeit großer Teile der Arbeiterschaft sind in erster Linie für die meisten Mißerfolge verantwortlich zu machen. Weil aber die Beseitigung dieser bedauerlichen Umstände in der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wohl nie resillos gelingen wird, darum haben wir wenigstens durch geeignete Einrichtungen dafür Sorge zu tragen, daß der zuverlässige Teil der breiten Masse, die organisierten Arbeiter, unmittelbarer zum Worte kommen, als es heute möglich ist. Die Gewerkschaften scheinen besonders berufen, in dieser Frage voranzugehen, da sie nur reine Arbeiterinteressen zu vertreten haben und eine Demokratisierung ihrer Einrichtungen deshalb nur den Arbeitern selbst zugute käme. Außerdem ist der wirtschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter heute mehr denn je eine solche Selbstverständlichkeit, daß wiederum die Gewerkschaften in erster Linie dazu da sind, die noch aufnahmefähigen Teile der Arbeiterschaft organisatorisch zu erfassen. Ist es also notwendig, die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter durch möglichst raschen Mitgliederzuwachs zu stärken, so erscheint es mir erst recht zeitgemäß, die leider schon mehr scheinbare Demokratie der Gewerkschaften zu einer wirklichen umzugestalten. Die Notwendigkeit dieser Forderung wird zweifellos von allen anerkannt, denen die Mitarbeit der Masse nicht bloß eine schöne Redensart ist, die man gelegentlich gebraucht, um eine Rede wirkungsvoll abzurunden, sondern vielmehr eine dringend gewordene Belegung unseres ganzen zentralisierten Organisationssystems. Es kann sich meines Erachtens nicht darum handeln, den schon in jeder Gewerkschaft bestehenden Aufsichtsinstanzen neue überzuordnen oder gar das einzelne Mitglied mit Einspruchsrechten auszustatten. Was uns not tut, ist eine Beschränkung der Kommissions-, Ausschuss-, und Vorstandsherrschaft und weitgehende Bevollmächtigung unseres Vertrauensmännerkörpers. Diesem muß das Recht eingeräumt werden, alle Vorstands- bzw. Kommissionsbeschlüsse zu genehmigen oder abzulehnen. Durch dieses Recht der Vertrauensmänner

die Verantwortlichkeit der Vorstände, die heute unzweifelhaft schon viel zu schwer ist, außerordentlich gemildert. Die hinter ihrem Vertrauensmann stehenden Mitglieder spüren in allen Angelegenheiten ihren direkten Einfluß und sind sich bewußt, wertvollere Mitarbeit zu leisten, als durch bloßen Versammlungsbesuch. Das Wichtigste aber, sie lernen die wirklichen Hindernisse des Fortschritts kennen, und werden es in Zukunft verschmähen, ihre eigene Verantwortlichkeit auf einen kleinen Kreis von Personen abzuwälzen und sich zum Gaudium aller Arbeiterfeinde mit inneren Auseinandersetzungen zu beschäftigen. Die Gefahr der allgemeinen Lähmung unserer Bewegung durch innere Zerrissenheit der bisher einheitlich geführten Organisationen ist heute durchaus nicht zu verkennen. Diesem drohenden Unheil mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken, ist wahrlich die höchste Zeit. Und die hier erhobene Forderung erscheint mir als das wirksamste und durchgreifendste Mittel. Darum her mit dem Einspruchsrecht der Vertrauensmänner.

Will man diese Forderung bis in ihre letzten Konsequenzen durchdenken, so muß man sich das Wesen der heutigen Gewerkschaftsdemokratie in voller Unbefangenheit vor Augen führen. Demokratie heißt Volksherrschaft, Herrschaft durch das Volk und für das Volk. Demokratie bedingt die Unterordnung Aller unter die selbstgegebenen Gesetze, aber ebenso auch unausgesetzte Kontrolle der ausführenden Organe durch die Allgemeinheit.

Können wir die gewerkschaftlichen Organisationen als Demokratien in diesem Sinne bezeichnen? Ich wage, darauf mit einem festen Nein zu antworten. Die Unterordnung wird zwar gehegt und gepflegt, wird bis zum Überdruß betont, aber unter merkwürdiger Erweiterung des Begriffs der »selbstgegebenen Gesetze«. Diese Unterordnung wird nicht nur verlangt, um das geschriebene Recht, das Statut, zur Durchführung zu bringen; auch die von den Arbeitnehmervertretern erzielten Resultate bei Verhandlungen mit Unternehmern oder deren Vertretern erlangen bei ihren Abschluß Gesetzeskraft für die Allgemeinheit. Hier wird die Pflicht der Unterordnung gefordert unter Gesetze, die nicht »selbstgegeben« sind, die vielmehr zustande kamen, ohne daß die Allgemeinheit ausreichend Gelegenheit hatte, die ganze Tragweite der berücksichtigten Gesichtspunkte zu beurteilen. Interessant wäre eine Übersicht über solche Vereinbarungen bei Lohnbewegungen und über solche Tarifabschlüsse, bei denen ein irgendwie überraschendes, von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht voraussehendes Ergebnis zustande kam. Derartige Ergebnisse erzeugen meist jene eigentümliche Stimmung zu Ungunsten der Verhandlungsteilnehmer, die man gemeinhin mit dem Namen Verbandsverdrossenheit bezeichnet. Da in der großen Mehrzahl der Fälle den Arbeitnehmervertretern freie Hand gelassen wird, so hat sich bei den Unternehmern leider schon die bequeme Praxis eingebürgert, sich nur mit solchen Arbeitnehmervertretern an den Verhandlungstisch zu setzen, die auch zum endgültigen Abschluß bevollmächtigt sind. Diese Methode mag einfach sein, sie mag Zeit und Arbeitskraft ersparen, mit unerbittlicher Folgerichtigkeit führt sie aber dazu, das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder so gut wie aufzuheben. Von diesen letzteren verlangt dann die oft rein zufällig zusammengesetzte Vertreterkorperschaft unbedingte Unterordnung. Es liegt etwas ungemein Niederdrückendes in der Tatsache, daß dieser verlangten und geübten Unterordnung bis jetzt nichts entgegen gesetzt worden ist, was als ausgleichende Gerechtigkeit empfunden worden wäre. Daher muß naturgemäß bei der Mehrzahl der Mitglieder ein Gefühl der Einflußlosigkeit Platz greifen, das sich leicht zu allgemeiner Gleichgültigkeit steigert. Man läßt die Dinge gehen, wie sie gehen, spöttelt über diejenigen, die noch an den Wert der Mitarbeit glauben und folgt im Übrigen den eigenen selbstsüchtigen Trieben. Da hilft kein Hinweis auf das Wohl des Ganzen; hohnlachend werden die geringen Wirkungen aller bisherigen Anstrengungen aufgezählt und man muß im Stillen diese Logik, wenn auch nicht anerkennen, so doch begreifen. Diesem Prozeß der Zersetzung muß Einhalt geboten werden. Als geeignetes Mittel hierzu erscheint mir die Erhebung des Vertrauensmännerkörpers zum verantwortlichen Faktor der Verbandsarbeit. Die Vertrauensleute, die in täglicher und stündlicher Fühlung mit ihren Arbeitskollegen stehen, sind in erster Linie berufen, ihre Stimmen entscheidend in die Wagschale zu werfen. Sie, deren Tätigkeit erst jede zusammenfassende Gewerkschaftsarbeit ermöglicht und vorbereitet, haben ein größeres Anrecht auf ausschlaggebende Mitarbeit, als die durch Zufall zu einem Amt oder aus Dankbarkeit zu Delegierten Gewählten. Der Vertrauensmännerkörper, der des Öfteren als Gerüst des Gesamtverbandes bezeichnet wird, ist am ehesten in stande, starke Belastungsproben auszuhalten. Zeit ist es darum, seine Tragfähigkeit zu prüfen. Die nächste Generalversammlung hat die Aufgabe, hier eine Einrichtung von größter Bedeutung zu schaffen. Der Vertrauensmännerkörper soll möglichst unabhängig sein. Unabhängig vor Allem von den Verwaltungsinstanzen des Verbandes. Zu diesem Zweck ist den Vertrauensleuten ein periodisch erscheinendes Organ zur Verfügung zu stellen,

welches dieselben über alle internen Vorgänge im Verbandsleben unterrichtet und in welchem die Arbeiten des Hauptvorstandes, der Zentralkommissionen sowie der tariflichen Organe besprochen werden. Alle einzuleitenden Verständigungsbestrebungen auf beruflichen und gewerkschaftlichen Gebieten sind in diesem Organ zu veröffentlichen. Die Vertrauensmänner der einzelnen Berufsgruppen sind zentralistisch zusammenzufassen. Langfristige Verträge, Abmachungen und Tarife sind vor dem endgültigen Abschluß den Vertrauensleuten des Berufsbezuges vorzulegen. Derartige Vereinbarungen müssen mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Vertrauensleute finden, um rechtskräftig zu werden. Das wären in aller Kürze die wesentlichsten Grundzüge der neu zu schaffenden Einrichtung. Wird der Vertrauensmännerkörper in diesem Sinne ausgerüstet, so wird er sich zu noch mannigfaltigeren Arbeiten befähigt erweisen, und manche der heute unvermeidlichen, aber kostspieligen Konferenzen überflüssig machen. Daß meiner Anregung besondere Schwierigkeiten entgegenstünden, wird niemand behaupten wollen. Denn ein Vertrauensmännerkörper besteht bereits, er braucht nur belebt und zur entscheidenden Mitarbeit berufen werden. Daß aber ein solcher ständig wirksamer Machtfaktor einen bedeutenden Fortschritt im demokratischen Geiste darstellt, wird jedem einleuchtend, der die ausgefahrenen Geleise der Organisationsarbeit vor dem Kriege herlich saß hat.

Es liegt im Zug der Zeit begründet, daß die alten Autoritäten ins Wanken gekommen sind. Sie unter allen Umständen zu stützen, hieß sich dem Fortschritt entgegenstemmen. Neue Formen müssen sich bilden, um dem Aufstieg der Proletarier zu dienen und als die Vorbedingung zu solchen neuen Formen ist die Übernahme der Verantwortlichkeit durch die breiten Massen selbst anzusehen. Die Arbeiterschaft hat das Verlangen, alle verfügbaren Kräfte zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen voll zu entfalten. Das ist der Kern der gährenden Bewegung unter den Arbeitern. Wird derselbe überall klar erkannt und erringen sich die Arbeiter das Recht auf wirkliche Mitarbeit, dann wird der Schein zur Wirklichkeit und man kann von den Arbeiterorganisationen als von wirklichen Demokratien sprechen. F. K.

Ortsberichte.

Karlsruhe. Einen anregenden Verlauf nahm unsere, am 5. August stattfindende Versammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Nach Entgegennahme des Kassenberichts vom 2. Quartal und Erledigung einiger Neuwahten, gelangte der wichtigste Punkt der Tagesordnung, »Lohnfragen«, zur Beratung. Der Vorsitzende, Kollege Haßler, gab einen erläuternden Bericht über die Vorarbeiten der Verwaltung in dieser Sache, und gab an Hand der eingelaufenen Lohnstatistiken ein anschauliches Bild über die Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben. Wenn auch einige Lohn- und Teuerungszulagen erfolgt sind, so schaffen dieselben nur in sehr geringem Maße einen Ausgleich gegenüber der teuren Lebenshaltung, umso mehr, als in einzelnen Geschäften noch Löhne vorhanden sind, die als völlig ungenügend bezeichnet werden müssen. Gauleiter Kirdner berichtete über die Tätigkeit des Gauvorstandes und die den Kollegen bei solchem Vorgehen geleistete Unterstützung und konnte Erfolge zur Kenntnis der Versammlung bringen. In der sich anschließenden Diskussion kam insbesondere die Forderung zum Ausdruck, die Kollegen sollen darauf hinwirken, um bessere, den Verhältnissen mehr entsprechende Löhne zu erzielen. Als erfreuliche Tatsache war zu berichten, daß durch das einmütige Handeln der Kollegen in Firma Künstlerbund alle Kollegen Lohnzulagen erhielten, was als Ansporn dienen kann, auch in anderen Betrieben in diesem Sinne vorstellig zu werden. Am Schlusse fand noch eine rege Aussprache statt über die Anmerkung des Hauptvorstandes an unseren letzten Bericht in der »Graph. Presse«. Die heutige Versammlung stellt sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Gauleiter den Bericht von der Gauleiterkonferenz objektiv gegeben hat. Die Versammlung erhält denselben in allen Teilen aufrecht, da derselbe ein getreues Bild der Stimmung der Kollegen in der letzten Versammlung darstellt. Die Art der Anmerkung des Hauptvorstandes ist auch in keiner Weise dazu angetan, die Ortsverwaltung, die ohnehin in dieser Zeit mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, arbeitsfreudig zu beeinflussen. Wir hatten uns in letzter Zeit auch mit drei hiesigen Firmen zu beschäftigen, die die Löhne für die Reklamierten in einer Höhe halten, die kaum den Friedenszeiten entsprochen haben, trotzdem schon wiederholt in unserer Presse darauf hingewiesen wurde, daß diese Leute ebenso entlohnt werden müssen, wie die anderen Arbeitskräfte. Uns scheint, daß diese Firmeninhaber sich verabredet haben, den Reklamierten sage und schreibe 33 Mk. wöchentlich oder 60 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, was wir natürlich nicht zulassen können. Die Firma A. Albrecht & Co. hat es leicht, mit solchen Vorteilen zu operieren. Sie hat zu diesem Zweck eine Stütze an einem Steindruck aus einem hiesigen staatlichen Betrieb, der sich, trotz Warnung seiner Behörde vor einigen Jahren, nicht hindern läßt, in der Zwischenzeit der genannten Firma die Umdrucke herzustellen.

